



**Investivlohn:**  
Nie alle Eier  
in einen Korb  
Seite 4



**Ferrum-Portrait:**  
Mühlentechnik für  
neue Recyclingwege  
Seite 6



**Sozialversicherung:**  
Beiträge endlich  
dauerhaft runter?  
Seite 10

Nr. 1 JANUAR 2007 / D 5838

**PFALZMETALL**  
**FERRUM**



M+E-Konjunktur

# Aufschwung – und doch Fragezeichen

<b>Editorial</b>	
<b>Schwer</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Blickpunkt</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Investivlohn</b>	
<b>Nie alle Eier in einen Korb legen</b>	<b>Seite 4</b>
<b>M+E-Konjunktur</b>	
<b>Aufschwung und doch Fragezeichen</b>	



Die Weltwirtschaft boomt, und damit hat die deutsche Industrie ebenfalls Rückenwind. Dies gilt gerade auch für die international ausgerichteten Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie. Deren Erfolge auf den globalen Märkten sind jedoch kein Zufall. **Seite 5**

**FERRUM** PFALZMETALL – **Firmenportrait**



Als eine erste Adresse für Fortbewegungsmittel galt in der pfälzischen Grenzregion und im benachbarten Frankreich vor jetzt gut 80 Jahren dieses Zweibrücker Unternehmen. Aus der Fabrikhalle rollten damals zwar keine Autos, aber solide Fahrräder. **Seite 6**

**Nahaufnahme** **Seite 8**

**Sozialversicherung**  
**Beiträge endlich dauerhaft runter?** **Seite 10**

**Historische Geschichte(n)**  
**Sie feiert ihren Fünfzigsten** **Seite 11**

**FERRUM** PFALZMETALL

Herausgeber: PFALZMETALL  
Internet: www.pfalzmetall.de  
Friedrich-Ebert-Straße 11-13, 67433 Neustadt.  
Redaktion: Jürgen Fielstette (verantwortl.). Gestaltung: Rainer Sauter,  
Anschriift der Redaktion: FERRUM-Redaktion, Hindenburgstraße 32,  
55118 Mainz, Telefon 0 61 31/55 75 31, Fax 0 61 31/55 75 39,  
E-Mail: JFIELSTETTE@gmx.net. Verlag: Dr. Curt Haefner-Verlag GmbH,  
69121 Heidelberg. FERRUM erscheint monatlich.  
Die zur Abwicklung des Vertriebs erforderlichen Daten werden nach  
den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen

# Schwer

Auch in der Politik ist Schweigen gelegentlich Gold. Und wenn es auch noch so sehr juckt, sich den Konjunkturaufschwung an die eigene Parteibrust zu heften.

Ein Musterbeispiel dafür ist die Flut an Ratschlägen zur anlaufenden Lohnrunde – vom Investivlohn bist zum Mut, die Spirale nach oben zu drehen.

Ohne Zweifel, angesichts des Aufschwungs gibt es durchaus Gründe, über Löhne und Gehälter zu reden. Doch dies ist Sache der Tarifparteien.

Eine Regierungskoalition, die auch nur etwas auf die Tarifautonomie hält, muss sich vor lohnpolitischen Ratschlägen hüten. Sie hat erst recht nicht voraus-eilend kräftige Lohn-zuwächse zu empfehlen.

Die Politiker schüren damit Erwartungen. Sie machen schlicht Versprechungen, die sie selbst nicht einlösen müssen. Das ist zumindest unredlich.

Denn bei Licht besehen, geht es doch bei solchen Politik-Empfehlungen eher um ein Wettrennen, um das vermeintlich sozialere Profil.

Natürlich wissen auch die Arbeitgeber, dass die gute Wirtschaftslage in den kommenden Tarifrunden eine Hauptrolle spielen wird. Deshalb haben sie bereits angekündigt, die Arbeitnehmer angemessen am Gewinn zu beteiligen.

Angemessene Beteiligung ist nicht nur eine Frage von Lohnprozenten. Einmalzahlungen als Konjunkturprämie sind auch eine Form von Angemessenheit.

Dass solche Wege gangbar sind, dafür müssen die Tarifparteien das Rad nicht neu erfinden. Zarte Ansätze für erfolgsabhängige Bezahlung haben sie bereits vereinbart.

Aber die Politik macht es durch ihre Einmischung in ein Geschäft, das sie nichts angeht, den Beteiligten nicht leichter, sondern schwer,

meint  
Ihr  
Jürgen Fielstette

E-Mail: JFIELSTETTE@gmx.net



# Tarifpolitik

## Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung verlängert

Die Arbeitgeber der Metall- und Elektro-Industrie aus Hessen, Pfalz, Rheinland-Rhein Hessen und dem Saarland (M+E-Mitte) und die IG Metall haben sich Anfang Dezember mit der IG Metall geeinigt, für die 410.000 Beschäftigten den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Dies ermöglicht Mitgliedsunternehmen auch 2007, zur Sicherung von Arbeitsplätzen – z. B. bei mangelnder Auftragslage – die Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden abzusenken und das Entgelt entsprechend zu kürzen. Auch sind bei unregelmäßig verteilter Arbeitszeit langfristige Ausgleichsräume möglich, insbesondere bei den Zeitkonten.

„Der Tarifvertrag Beschäftigungssicherung ist für die Mitgliedsunternehmen ein effizienter Flexibilisierungsbaustein zur Abweichung von tariflichen Standards in für das Unternehmen klar definierten schwierigen Situationen“, sagte Dr. Eduard Kulenkamp, Verhandlungsführer von M+E-Mitte



**Dr. Eduard Kulenkamp, M+E-Mitte- und PfalzMetall-Verhandlungsführer, sieht im verlängerten Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung einen effektiven Baustein für den Krisenfall.**

und PfalzMetall-Verhandlungsführer. Die Vereinbarung vervollständigt das Tarif-Instrumentarium neben dem Abkommen zur Standortsicherung im Rahmen des Pforzheim-Abschlusses 2004, das tarifliche Abweichungen bei zukunftsorientierten Innovationen, Investitionen und Standortsicherungen ermöglicht und neben dem 2004 abgeschlossenen Entgelt-Rahmen-Abkommen (ERA), das in den nächsten zwei Jahren ein transparenteres, gerechteres und modernes Entgeltsystem auf betrieblicher Ebene umsetzt.

Bereits 1994 hatten die M+E-Arbeitgeberverbände mit der IG Metall den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung (TV Besch) vereinbart. Betriebsrat und Unternehmensleitung regeln die Modalitäten über eine Betriebsvereinbarung. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Beschäftigten tauschen vorübergehend Geld gegen Freizeit, haben dafür aber einen sicheren Arbeitsplatz. Die Betriebe sparen Personalkosten, behalten aber gleichzeitig ihre qualifizierten und eingearbeiteten Mitarbeiter.



Wenn momentan nichts mehr läuft, Aufträge und Produktion im Keller sind, ist der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung eine inzwischen bewährte Möglichkeit, qualifizierte und eingearbeitete Mitarbeiter im Unternehmen zu behalten.

Fotos: Archiv, Fielstette

# Nie alle Eier in einen Korb legen

## Mitarbeiterbeteiligung: Belegschaftsaktien dominieren

Beteiligungsformen in Deutschland im Jahr 2005

	Zahl der Unternehmen	Zahl der beteiligten Mitarbeiter	Mitarbeiterkapital in Millionen Euro
Belegschaftsaktie	610	1.400.000	9.000
Direkte stille Beteiligung	970	250.000	1.250
Genussrecht	390	120.000	960
Indirekte stille Beteiligung	470	93.000	465
Mitarbeiter-Darlehen	590	115.000	460
GmbH-Beteiligung	230	7.000	105
Genossenschaft	340	17.000	43
<b>Insgesamt</b>	<b>3.600</b>	<b>2.002.000</b>	<b>12.283</b>

Belegschaftsaktie: Die Mitarbeiter erhalten zu einem Sonderpreis Aktien ihres Unternehmens, die sie später an der Börse verkaufen können. Direkte stille Beteiligung: Unabhängig von der Rechtsform übernehmen die Mitarbeiter stille Anteile an Unternehmen und sind damit am Gewinn beteiligt. Sie haben dabei keine Mitscheidungs-, sondern nur Informations- und Kontrollrechte. Genussrecht: Hierbei überlassen die Mitarbeiter dem Unternehmen wie ein Gläubiger Geld und erhalten als „Genuss“ eine jährliche Gewinnbeteiligung. Indirekte stille Beteiligung: Im Unterschied zum direkten Modell sind die Mitarbeiter nicht am Unternehmen, sondern an einer zwischengeschalteten Pool-Gesellschaft beteiligt, die die Beteiligungsverträge bündelt. Mitarbeiter-Darlehen: Die Mitarbeiter überlassen dem Unternehmen als Fremdkapitalgeber für einen festgesetzten Zeitraum einen bestimmten Geldbetrag zu festen oder gewinnabhängigen Zinsen. GmbH-Beteiligung, Genossenschaft: Die Mitarbeiter beteiligen sich direkt am Eigenkapital des Unternehmens. Quellen: Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP), Gesellschaft für innerbetriebliche Zusammenarbeit (GIZ)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die CDU will unter der Überschrift „Soziale Kapitalpartnerschaft einen Neustart in der Arbeitnehmer-Vermögensbildung starten. Die SPD wollte dann auch flugs, dass Lohnerhöhungen in Unternehmensanteile umgewandelt werden können.

**Von der Sozialpartnerschaft zur sozialen Kapitalpartnerschaft – so schwärmen Teile der großen Koalition vom so genannten Investivlohn. Neu ist die Idee nicht. Schon vor fünfzig Jahren war es ein viel diskutiertes Thema, Mitarbeiter u.a. per Investivlohn zu Mitunternehmern zu machen.**

Die Idee an sich ist durchaus sinnvoll. Denn Mitarbeiter, die einen Teil ihres Einkommens in die eigene Firma investieren, identifizieren sich in der Regel stärker mit ihr und arbeiten daher motivierter. Das Unternehmen profitiert zudem dadurch, dass es zusätzliches Eigenkapital erhält.

**Der Haken** am Investivlohn für die Arbeitnehmer: Geht der Betrieb Pleite, ist nicht nur der Job futsch, sondern auch das Beteiligungskapital. Der Investivlohn ist nämlich in Wirklichkeit Risikokapital. Dafür gilt die alte Weisheit:

„Wo Risiko ist, gibt es Erfolg und Misserfolg“.

Die CDU/CSU will dieses Risiko begrenzen, indem die Mitarbeiterbeteiligung durch Bürgschaften gegen Insolvenz gesichert wird. Außerdem soll der Beschäftigte sein Kapital mitnehmen können, wenn er den Arbeitgeber wechselt.

**Gewaltiger bürokratischer Aufwand** wäre damit für die Betriebe verbunden. Aber abgesehen davon, sich gegen Insolvenz zu versichern, geht nicht. Allein schon deswegen müssen Arbeitsplatz- und Kapitalrisiko getrennt werden.

Investivlohn, hier sieht der Unternehmerverbandspräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Gerhard F. Braun, die Tarifpolitik schon wesentlich weiter: „Denn Arbeitnehmer mit Einmalzahlungen am Unternehmenserfolg zu beteiligen, ist der bessere Weg der Mitarbeiterbeteiligung“.

**Gewinnbeteiligung.** Schon heute kann jedes Unternehmen unabhängig von der Rechtsform seinen Mitarbeitern in guten Jahren einen Bonus zahlen. Immerhin ein Drittel der Betriebe ab 500 Köpfen macht von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch. In einigen Branchen sind auch schon entsprechende tarifliche Vereinbarungen getroffen worden. So können die Banken oder die Chemische Industrie je nach Ertragslage ihren Mitarbeitern ein mehr oder weniger üppiges Weihnachtsgeld auf den Gabentisch legen.

Hellauf begeistert sind die Menschen in Deutschland jedoch nicht vom Investivlohn. Nach einer aktuellen Umfrage äußerten sich die Deutschen gespalten, ob sie am Unternehmen ihres Arbeitgebers beteiligt werden wollen. Fast die Hälfte würde eine Gehaltserhöhung einer Kapitalbeteiligung vorziehen.

Fotos: pd



# Aufschwung und doch Fragezeichen



Die boomende Weltwirtschaft ist ein guter Rückenwind für die international ausgerichteten deutschen M+E-Unternehmen. Keine Garantie gibt es jedoch, dass dies auch weiter so bleibt.

**Die Weltwirtschaft boomt, und damit hat die deutsche Industrie ebenfalls Rückenwind. Dies gilt gerade auch für die international ausgerichteten Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie. Deren Erfolge auf den globalen Märkten sind jedoch kein Zufall.**

So entspricht die Palette der Maschinen und Ausrüstungen „made in Germany“ besonders gut dem derzeitigen globalen Investitionsbedarf. Außerdem haben viele Unternehmen ihre Produktions- und Organisationsabläufe erfolgreich an die Bedingungen auf den umkämpften Märkten angepasst.

**Die internationale Wettbewerbsfähigkeit**, dass sie sich wieder verbesserte, dazu haben die zuletzt nur moderat gestiegenen Arbeitskosten ebenfalls beigetragen. Auch der Euro-Wechselkurs legte den exportorientierten Betrieben

in letzter Zeit keine größeren Steine in den Weg.

All dies erklärt, warum die M+E-Unternehmen ihre Geschäftslage im Konjunkturtest des ifo Instituts im Oktober 2006 so gut bewerteten wie seit 15 Jahren nicht mehr. Ein Grund war sicherlich auch, dass die M+E-Produktion in den ersten neun Monaten dieses Jahres den Wert des Vorjahreszeitraums um acht Prozent übertraf.

**Die Trendwende** bei der Beschäftigung wurde zudem damit geschafft. Seit April 2006 stieg die Beschäftigtenzahl kontinuierlich – im September belief sich der Zuwachs gegenüber dem Frühjahr saisonbereinigt auf 25.000 neue Stellen.

Parallel dazu sank die Zahl der Arbeitslosen in den gewerblichen M+E-Berufen im vergangenen Oktober auf 265.700. Das sind 35 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Zum gleichen Zeitpunkt berichteten die Arbeitsagen-

turen von fast 100.000 offenen gewerblichen M+E-Stellen.

Zu fragen ist dennoch, warum der Arbeitsplatzaufbau bislang nicht stärker ausfiel. Dies dürfte zum einen damit zusammenhängen, dass die vorhandenen Beschäftigten einen Teil der zusätzlichen Produktion durch auf Zeitkonten verbuchte Mehrarbeit geschultert haben oder Leiharbeitnehmer herangezogen wurden. Dadurch haben die M+E-Firmen zwar auch sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen – aber eben im Dienstleistungssektor.

**Die Geschäftsaussichten** sind nicht ganz ungetrübt. Denn die Weltwirtschaft wird 2007 einen Gang zurückschalten und damit den für den Industrie-Aufschwung mitverantwortlichen deutschen Außenhandelsmotor drosseln. Weiter bremsen die Inlandsnachfrage, die höhere Mehrwertsteuer und der M+E-Industrie steht schon in wenigen Wochen die Tarifrunde ins Haus.

Foto: Fielstette

## Wery Mühlentechnik für neu

Als eine erste Adresse für Fortbewegungsmittel galt in der pfälzischen Grenzregion und im benachbarten Frankreich vor jetzt gut 80 Jahren die Ludwig Wery GmbH in der Zweibrücker Kaiserstraße.

Aus der Fabrikhalle rollten damals zwar keine Autos, aber solide Fahrräder. „Mitunter“, so der heutige Geschäftsführer, Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Ulrich Klein, „sind Wery-Fahrräder von damals noch heute auf den Straßen zu sehen, insbesondere bei unseren französischen Nachbarn.“

Landwirtschaftliche Geräte wie Kartoffelernter, Gewächshäuser für Gärtnereien kamen vor 80 Jahren ebenfalls aus der Zweibrücker Kaiserstrasse.

Das **Hauptprodukt** des pfälzischen Mittelständlers waren seinerzeit allerdings Ausrüstungen für den nahen Kohlebergbau des Saarlandes und Lothringens, nämlich Stahl-Grubenstempel zum Abstützen der Flöze.

Beim verheerenden Bombenangriff im März 1945, der in nur 20 Minuten fast das gesamte Zweibrücken in Schutt und Asche legte, ging die Fabrik in der Kaiserstrasse ebenfalls in Rauch und Flammen auf.

Die Erfahrung aus der Grubenstempel-Produktion war es, mit der in der Kaiserstrasse der Wiederaufbau begann. „Aus alten Unterlagen weiß ich“, erzählt Ulrich Klein, „wurden bei Wery verbogene Eisenträger wieder gerichtet, also für Bauarbeiten recycelt. Auf dem Firmengelände stand außerdem noch ein alter Steinbruch-Brecher. Trümmerschutt-Recycling war nun sein Einsatzgebiet. Was an Backsteinen und Dachziegeln nicht mehr zu gebrauchen war, wurde so zum Rohstoff für Mauersteine und Fertiggamine.“

Die **Zerkleinerungs-Technik** ist seit dieser Zeit die Domäne des Zweibrücker Mittelständlers. „Schon ein bisschen



stolz sind wir darauf“, schildert Wery-Geschäftsführer Ulrich Klein, „dass unser Unternehmen zu den ersten gehörte, das in Prallmühlen den so genannten Steckrotor einbaute. Dieser Rotor sorgt mit seinen Schlagleisten beispielsweise dafür, dass aus dicken Basaltbrocken Split für den Straßenbau wird. Für die ersten Schlagleisten haben wir übrigens Eisenbahnschwellen aus Stahl verwendet. Heute sind Wery-Prallmühlen mit Stahl-Schlagleisten aus hochverschleißfesten Metall-Legierungen bestückt.“

Das Einzelstück und die Kleinserie bestimmen die Fertigung in der Zwei-

brücker Kaiserstraße. Denn in der Regel bestimmen die jeweiligen Kundenbedürfnisse die Konstruktion. „Das fängt bei der ingenieurmäßigen Beratung an und reicht bis zur maßgeschneiderten Transportlogistik rund um die Wery-Zerkleinerungsanlagen“, erläutert Ulrich Klein.

Die **enge Zusammenarbeit** mit weltweit tätigen Ingenieurbüros und Anlagenbauern führt dazu, dass die Zerkleinerungsanlagen aus der Zweibrücker Kaiserstraße über all in Europa, u. a. als Baustoff-Wiederaufbereitungsmaschinen im russischen St. Petersburg, in anderer Konfiguration in einer südafri-



# ne Recyclingwege



**Nicht von der Stange zu haben ist diese auf die speziellen Wünsche einer Dachdeckerei zugeschnittene Wery-Dachziegel-Zerkleinerungsanlage.**

kanischen Diamantenmine, in China, in Südost-Asien oder auch in Saudi-Arabien laufen.

Die Kunden des Unternehmens reichen von der Steine- und Erden-Industrie über die Glasindustrie bis hin zur Chemie.

**Wiederaufbereitung**, dieser Zweig der Umwelttechnik, darin sieht Ulrich Klein für die Zukunft das Hauptengagement des Unternehmens. So entwickelt



**Wegen besonderer Maße hat mitunter diese altgediente Bohrmaschine so manchen Einsatz, bis eine Wery-Anlage auf den Weg zum Kunden gebracht werden kann.**

Fotos: Fielstette

Wery derzeit in Zusammenarbeit mit einem italienischen Anlagenbauer eine Aufbereitungsanlage für vorgeschredderte alte Autoreifen. „Es geht dabei um das Wiedergewinnen des hochwertigen Stahlanteils in den Karkassen moderner Reifen“, erläutert Geschäftsführer Ulrich Klein.

Arktische Minustemperaturen von 40 Grad lassen den Reifengummi so spröde werden, dass eine Wery-Hammermühle den hochwertigen Reifenstahl für die Wiederverwendung beispielsweise als Gießerei-Zuschlagstoff aufschließen kann.

„Die Aufgabe für uns in Zweibrücken“, sagt Ulrich Klein, „war, eine Anlage zu bauen, deren Innenleben bis Minus 70 Grad ohne Probleme verkräftet. Zu gute kam uns dabei sicher unsere Erfahrung mit den Bauschutt-Recyclingmaschinen, die wir nach Russland geliefert haben. Die Maschine zum Altreifen-Recycling hat ein Gewicht von 6,5 Tonnen und ist die erste Anlage dieser Art in Europa“, hebt Wery-Geschäftsführer Klein hervor.

**Noch eine Spezialität** ist mit dem Zweibrücker Unternehmen verbunden. Technik ist sie allerdings nicht. Die Ludwig Wery GmbH gehört seit Oktober 1947 dem Verband der Metall- und Elektroindustrie der Pfalz an und ist damit sozusagen eines der PfalzMetall-Gründungsmitglieder.

Die Konjunktur im Maschinenbau sorgt auch in der Zweibrücker Kaiserstraße für ein lachendes und ein weinendes Auge. „Das weinende Auge deswegen“, erläutert Ulrich Klein, „weil wir ebenfalls mit Terminproblemen zu kämpfen haben. Dabei ist Termin- und Liefertreue einer der entscheidenden Pluspunkte beim Auslandsgeschäft. Zwar lässt sich einiges über Zulieferungen abfedern. Aber das ändert nichts daran, dass uns derzeit die eine oder andere entsprechend qualifizierte Hand in der Fertigung fehlt – und auch wohl nicht so schnell auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen ist.“ *Jürgen Fielstette*

# Rückenwind für Reformen

Die in diesem Jahr anstehenden Tarifrunden, der in die Debatte gebrachte Investivlohn, die Diskussion um das Arbeitslosengeld I sowie die Mindestlohn-Forderungen waren einer der Schwerpunkte im Gespräch von LVU-Präsident Dr. Braun (rechts) mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Kurt Beck.



Erstmals seit vier Jahren ist im gerade vergangenen November die Arbeitslosigkeit in Deutschland unter die magische Vier-Millionen-Grenze gesunken. Auch wegen der guten Konjunktur ist Deutschland im internationalen Vergleich nicht mehr Schlusslicht, sondern in einer Spitzenposition.“

Dies sagte kürzlich in Mainz Dr. Gerhard F. Braun, Präsident der Unternehmensverbände Rheinland-Pfalz (LVU) im Rahmen des LVU-Abends 2006.

Vor zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Leben forderte Braun, die Bundesregierung solle bei ihren Reformbestrebungen nicht länger nur bei zaghaften und auch widersprüchlichen Schritten bleiben. Das Land sei noch lange nicht über den Berg. Allein die bevorstehende Mehrwertsteuer-Erhöhung könne sich als Dämpfer für die Binnenkonjunktur auswirken.



**Hohes Lob für die Tarifautonomie gab es beim LVU-Abend vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Parteivorsitzenden, Kurt Beck. Er distanzierte sich zugleich von den bis dahin über ihn veröffentlichten Äußerungen zur Tarifpolitik und sprach sich ausdrücklich für eine „angemessene“ Anhebung der Löhne aus.**

In diesem Zusammenhang erinnerte der LVU-Präsident die Tarifparteien daran, an dem Grundsatz festzuhalten, dass Steuererhöhungen nicht durch Tarifabschlüsse ausgeglichen werden könnten. Außerdem gebe es in den bevorstehenden Tarifrunden auch keinen sachlichen Grund für entsprechende Forderungen. Schon dadurch, dass der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung über zwei Prozent sinke, würden die Mehrwertsteuer-Belastungen im Zusammenhang mit lohnsteuerlichen Korrekturen ausgeglichen. „Des-

halb sollte die Mehrwertsteuer kein Thema für Tarifrunden sein“, meinte Braun.

Dies gelte auch für das jetzt wieder in die Diskussion gebrachte Thema vom

Investivlohn. Hier sei die Tarifpolitik längst innovativ. „Denn Arbeitnehmer mit Einmalzahlungen am Unternehmenserfolg zu beteiligen, ist der bessere Weg der Mitarbeiterbeteiligung“.

Der Investivlohn sei in Wirklichkeit nämlich Risikokapital. „Wo Risiko ist, gibt es Erfolg und Misserfolg“. Außerdem sei es für Unternehmen unmög-



**LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun sieht beim Investivlohn die Tarifpolitik längst innovativ: „Denn Arbeitnehmer mit Einmalzahlungen am Unternehmenserfolg zu beteiligen, ist der bessere Weg der Mitarbeiterbeteiligung“. Denn der Investivlohn sei in Wirklichkeit nämlich Risikokapital. „Wo Risiko ist, gibt es Erfolg und Misserfolg“.**



lich, sich gegen Insolvenz zu versichern. „Für jede Form der Vermögensbildung, also auch für den Investivlohn, gilt die gute Börsenregel, nie alle Eier in einen Korb zu legen“, unterstrich der LVU-Präsident.

Mit Blick auf die jüngsten Diskussionen um das Arbeitslosengeld I begrüßte Braun, dass Ministerpräsident Beck den Vorstellungen seines nordrhein-westfälischen Amtskollegen eine deutliche Absage erteilt habe. „Denn die Rüttgers-Vorschläge setzen falsche Anreize und führen zu einem Rückfall in die gerade überwundene Frühverrentungspolitik“, betonte der LVU-Präsident.

Braun erteilte weiter den Forderungen nach einem gesetzlichen Mindest-

lohn eine klare Absage. „Der Mindestlohn ist ein sozialpolitisches Placebo, das wirtschaftliche Sachzwänge eher verschärft und nicht aufhebt“, sagte der LVU-Präsident.

Auf die Reformagenda gehört nach Brauns Ansicht zudem eine grundlegende Erneuerung des Bildungssystems vom Kindergarten bis zur Hochschulebene. Der LVU-Präsident sah Rheinland-Pfalz zwar beim notwendigen Ausbau der frühkindlichen Förderung auf dem richtigen Weg. Zugleich kritisierte er jedoch die mangelnde Berücksichtigung der Hochschulen im Landeshaushalt. So bewerte u.a die Bertelsmannstiftung in ihrer Bildungsvergleichsstudie von 2005 die ver-

gleichsweise geringen Ausgaben für Hochschulen als problematisch. Ähnlich sehe es auch die OECD.

Braun setzte sich außerdem für eine stärkere Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler ein. Dafür müssten die Lehrer die Arbeitswelt aus eigener Anschauung kennen. Deshalb begrüße die LVU als Initiatorin die laufenden Gespräche mit der Landesregierung über ein Betriebspraktikum für Lehramtsstudierende.

„Wir wissen um die mit solchen Praktika verbundenen Rechtsprobleme. Dennoch bleibt es unser Wunsch, für Lehramtsstudierende ein verpflichtendes Betriebspraktikum einzuführen“, sagte Braun abschließend. Fotos: Benz

## MEILENSTEIN

# Größer Armaturenauftrag in 135 Jahren

**A**nfang November 2006 erhielt die KSB-Gruppe einen Armaturenauftrag in Höhe von ca. 17 Millionen Euro. Nach Unternehmensangaben ist dies die größte reine Armaturenbestellung, die der Frankenthaler Pumpen- und Armaturenhersteller je erhalten hat.

Geliefert werden sollen 215 Absperrklappen mit einem Durchmesser von 1,5 bis 3,5 Metern. Sie sind bestimmt für eine der weltweit größten Meerwasserkühlanlagen in Qatar am Persischen Golf. Die Anlage wird stündlich eine Förderkapazität 860.000 m<sup>3</sup> Meerwasser fördern. Das Wasser dient der Prozesskühlung in einer Gasverflüssigungsanlage, mehreren petrochemischen Werken sowie einer Entsalzungsanlage.

Der erste Block der Anlage wurde bereits vor Jahren mit KSB-Armaturen ausgerüstet. Diese hätten sich, so eine Unternehmenspressemitteilung, unter schwierigen Bedingungen – wie hoher Strömungsgeschwindigkeit und aggressivem Fördermedium – sehr bewährt. Deshalb habe die KSB-Gruppe vom Betreiber auch den Auftrag erhalten, die Armaturen für die zweite Ausbaustufe innerhalb von knapp 12 Monaten auszuliefern.



**Absperrklappen mit einem Innendurchmesser von 3,5 Metern, wie sie auch in einer der weltweit größten Meerwasserkühlanlagen am Persischen Golf zum Einsatz kommen werden.**

Foto: KSB

# Beiträge endlich dauerhaft runter?

	Beitragsbemessungsgrenze × beitragspflichtiges Monatseinkommen in Euro		Beitragsatz in Prozent		= Höchstbeitrag je Monat in Euro	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
<b>Westdeutschland</b>						
Rentenversicherung	5.250,00	5.250,00	19,5	19,9	1.023,75	1.044,75
Arbeitslosenversicherung	5.250,00	5.250,00	6,5	4,2	341,25	220,50
Krankenversicherung	3.562,50	3.562,50	13,3	13,9	473,81	495,19
Pflegeversicherung	3.562,50	3.562,50	1,7	1,7	60,56	60,56
<b>Sozialabgaben insgesamt ohne Sonderregelungen</b>			<b>41,0</b>	<b>39,7</b>	<b>1.899,37</b>	<b>1.821,00</b>
<b>Ostdeutschland</b>						
Rentenversicherung	4.400,00	4.550,00	19,5	19,9	858,00	905,45
Arbeitslosenversicherung	4.400,00	4.550,00	6,5	4,2	286,00	191,10
Krankenversicherung	3.562,50	3.562,50	13,3	13,9	473,81	495,19
Pflegeversicherung	3.562,50	3.562,50	1,7	1,7	60,56	60,56
<b>Sozialabgaben insgesamt ohne Sonderregelungen</b>			<b>41,0</b>	<b>39,7</b>	<b>1.678,37</b>	<b>1.652,30</b>
<b>Bundesweit</b>						
Arbeitnehmersonderbeitrag zur Krankenversicherung	3.562,50	3.562,50	0,9	0,9	32,06	32,06
Kinderlosenbeitrag zur Pflegeversicherung	3.562,50	3.562,50	0,25	0,25	8,91	8,91
<small>Höchstbeitrag: Arbeitnehmer- plus Arbeitgeberbeitrag; Sozialabgaben insgesamt: ohne Beitrag der Arbeitgeber zur gesetzlichen Unfallversicherung, zuzüglich 0,9 Prozent Sonderbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für Arbeitnehmer und Rentner sowie 0,25 Prozent zur Pflegeversicherung für kinderlose Arbeitnehmer; Beitragsatz zur Krankenversicherung: Stand 30. 09. 2006; Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung: 2006 = 3.937,50 Euro, 2007 = 3.975 Euro Bruttomonatseinkommen; Ursprungsdaten: BMAS</small>						



**Zwar sind mit der Mehrwertsteuerhöhung auch die Arzneimittel teurer geworden. Dennoch bringt das neue Jahr für Betriebe und Beschäftigte bei den Sozialversicherungsbeiträgen unter dem Strich erstmals seit 12 Jahren eine leichte Entlastung.**

**Erstmals seit 1995 wird die Summe der von Arbeitgebern und Beschäftigten gemeinsam finanzierten Sozialversicherungsbeiträge vermutlich die 40-Prozent-Marke unterschreiten. Die Entlastung könnte sich jedoch als Strohfeder erweisen. Denn in der Kranken- und Pflegeversicherung drohen 2008 Beitragssatzsteigerungen.**

Die gute Nachricht vorneweg: Ursprünglich sollte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung 2007 von 6,5 auf 4,5 Prozent sinken. Wegen der guten Wirtschaftsentwicklung und den überraschend hohen Steuereinnahmen soll es beim Beitragssatz noch bei den Stellen hinter dem Komma ein bisschen weiter nach unten gehen. Ein Teil dieser Entlastung wird allerdings an anderer Stelle wieder aufgezehrt:

**Rentenversicherung.** Arbeitsminister Franz Müntefering hält an dem Koalitionsbeschluss fest, den Beitragssatz zur Rentenversicherung von 19,5 auf 19,9

Prozent zu erhöhen. Zwar käme die Rentenkasse wohl auch mit 19,7 Prozent aus. Aber das Arbeitsministerium will ein kleines Polster für die Rentenkasse schaffen, um gegen Einnahmeschwankungen gewappnet zu sein.

**Krankenversicherung.** Der gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierte Beitragssatz zur Krankenversicherung steigt um schätzungsweise 0,6 Prozentpunkte auf durchschnittlich 13,9 Prozent. Zum einen müssen die Kassen ihre Schulden in Höhe von knapp vier Milliarden Euro tilgen. Zum anderen treibt die Mehrwertsteuerhöhung die Preise für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie medizinische Gerätschaften nach oben. Das kostet die Versicherungen knapp eine Milliarde Euro.

Mit Freude dürften die Kassen daher vernommen haben, dass Schwarz-Rot bereits ab 2007 die beitragsfreie Versicherung von Kindern aus Steuermitteln unterstützen möchte – zunächst mit einer Milliarde Euro.

Ein Geldsegen sieht jedoch anders aus. Denn im Koalitionsvertrag wurde ursprünglich vereinbart, die Steuerzuschüsse für die gesetzliche Krankenversicherung von derzeit 4,2 auf 1,5 Milliarden Euro zu drücken. Nach den aktuellen Plänen droht also immer noch ein um insgesamt rund 1,7 Milliarde Euro gekürzter Staatszuschuss.

**Eine leichte Entlastung** steht den Bürgern und Unternehmen trotz all dieser Widersprüche unter dem Strich bevor. Denn mit dem neuen Jahr sinkt die Summe der gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierten Beitragssätze zur Sozialversicherung voraussichtlich von 41 auf 39,7 Prozent. Der Höchstbeitrag zu den Sozialversicherungen reduziert sich daher um 78 Euro auf monatlich 1.821 Euro.

Ob dieses positive Signal für die Beschäftigung am Standort D von Dauer ist, bleibt offen. Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherungen fürchten bereits weitere Beitragssatzerhöhungen.

Foto: AOK



# Sie feiert ihren Fünfzigsten



In der StVO findet sich die Parkscheibe als Zeichen 291. Weil die Parkscheibe damit als offizielles Verkehrszeichen gilt, schreibt eine Verwaltungsverordnung genau Form und Beschaffenheit vor.

Die Luxusausführung ist die aus Plastik mit Saugnäpfen. Ägerlich wird's nur, wenn vergessen wird, dieses gute Stück auch sichtbar in der Windschutzscheibe zu parken. Diese Erfahrung machten erstmals 1957 die Autofahrer in Paris. Denn in der französischen Hauptstadt erblickte die Parkscheibe vor jetzt fünfzig Jahren das Licht der Welt.

Auslöser dieser Neuerung auf den Straßen der Seine-Stadt war chronischer Parkplatzmangel. Was unsere französischen Nachbarn sich damit ausgedacht hatten, davon schnitten sich sehr schnell Österreicher und Italiener eine Scheibe ab. Auch dort wurde das Parken sehr schnell in den Innenstädten per Scheibe geregelt.

**Gestaunt haben** insbesondere darüber die deutschen Touristen, die in diesen späten 50er Jahren den Urlaub jenseits der Grenzen für sich entdeckten.

Die Parksitten per Parkscheibe machten Schlagzeilen im bundesdeutschen Blätterwald. So manchem Touristen war ein solches „Souvenir“ bester Beweis, dass es auch ohne groschen-schluckende Parkuhr geht.

**Was im Ausland geht**, geht zudem noch lange nicht in Deutschland. Mit teutonischer Gründlichkeit wurde aus der Parkscheiben-Anregung ein Parkscheiben-Problem. Denn es könnte ja Zeitgenossen geben, die beim Einstellen der Uhrzeit vielleicht mit einem halben Stündchen schummeln könnten.

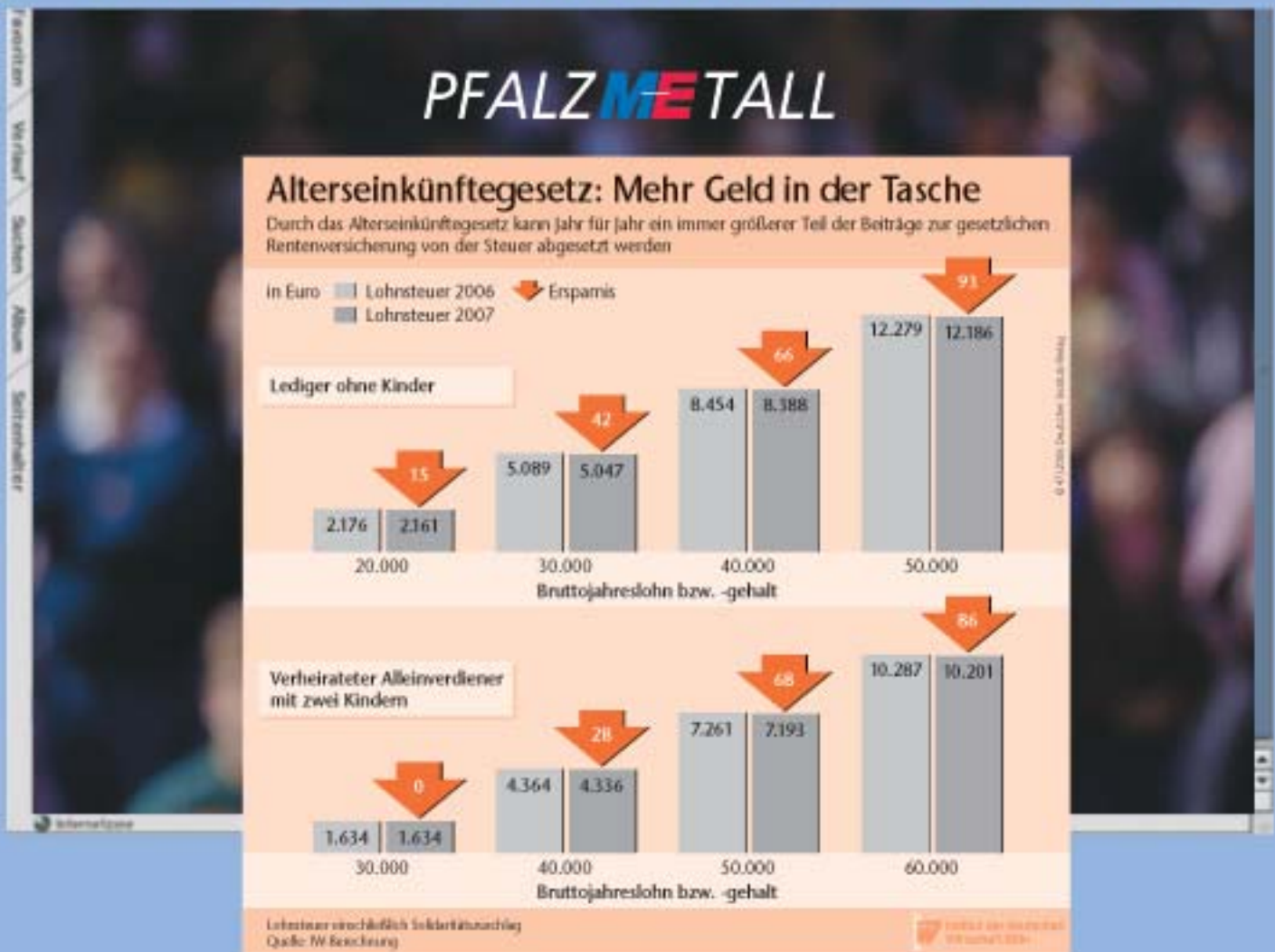
Gerichtsnotorisch wurde die Scheibe. Die damit erstmals befassten Richter hielten zwar Anfang der 60er Jahre die Scheibe für vereinbar mit der deutschen Strassenverkehrsordnung. Revision bis zum Bundesverwaltungsgericht ließen sie aber dennoch zu. Die „Scheiben-Freunde“ rauften sich die Haare. Die (Verkehrs-)Politik hatte ihr Thema und die Parkscheibe die Luftho-

heit über den damaligen Autofahrer-Stammtischen.

**Zum Fall für den Bundestag** war die Parkscheibe geworden. In der damaligen Hauptstadt Bonn gab es den Verkehrsminister Hans Christoph Seebohm. Dieser beherzte Mann durchschlug den gordischen Parkscheiben-Knoten und schnitt weiteren Debatten das Wort ab. Parkscheibenwillige Städte können im Einverständnis mit den Landesverkehrsbehörden auf die Scheibe setzen, so das ministerielle „basta“ zur Parkscheiben-Juristerei.

Doch Ministerwort hin, Ministerwort her, die Mühlen des Gesetzes mahlen langsam. Sechs weitere Jahre dauerte es nämlich, bis die Parkscheibe mit bundesgesetzlichem Segen hinter die Windschutzscheibe platziert werden durfte. Exakt am 16. November 1970 kam sie endgültig und offiziell in die Zeichensammlung der Strassenverkehrsordnung aufgenommen. Fotos: MEV

## zum Abschluss: monatlich-wirtschaftlich



## Kein schlechter Deal

Nach dem Alterseinkünftegesetz dürfen im Jahr 2025 die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu 100 Prozent von der Steuer abgesetzt werden. Im Jahr 2005 waren 20 Prozent anrechenbar. Für die Übergangszeit hat der Staat eine Schritt-für-Schritt-Lösung vorgesehen. Würden auf einen Schlag alle Beiträge steuerfrei gestellt, gäbe es ein riesiges Haushaltsloch. Deshalb können Arbeitnehmer jedes Jahr von ihren Zahlungen an die Rentenkasse weitere 4 Prozent beim Finanzamt als Sonderausgaben geltend machen. Dadurch spart ein Lediger mit einem Bruttolohn von 30.000 Euro im kommenden Jahr 42 Euro Einkommenssteuer.

Ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern und einem Bruttogehalt von 60.000 Euro zahlt sogar 86 Euro weniger an den Fiskus. Nur bei Familien mit kleinem Einkommen ändert sich nichts. Sie konnten nach altem Recht ohnehin schon 100 Prozent ihrer Beiträge absetzen. Den Steuerersparnissen heute stehen zwar in Zukunft höhere Steuern auf die Rente gegenüber. Da die Altersbezüge jedoch niedriger ausfallen als die Erwerbseinkommen, schlägt die Steuerprogression weniger stark zu.